

Offener Brief

zur kommunalen Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten (UmF)

Sehr geehrte Abgeordnete des Landtags NRW, sehr geehrter Herr Dr. Stamp,

wir fordern Sie dazu auf, sich für die Evakuierung von unbegleiteten, minderjährigen Geflüchteten aus den EU-Lagern in Griechenland nach Nordrhein-Westfalen einzusetzen.

Die Situation in den Lagern auf den griechischen Inseln ist untragbar. Besonders Kinder und Jugendliche leiden unter den unmenschlichen Lebensbedingungen. Etwa 4000 teils schwer kranke unbegleitete Minderjährige leben in den Lagern ohne ausreichende medizinische Versorgung, angemessene Schulbildung und eine menschenwürdige Unterkunft. Hier liegt klar eine Kindeswohlgefährdung vor. Auch insgesamt müssen diese Lager – ausgelegt auf ca. 7.500, derzeit bewohnt von über 42.000 Menschen – deutlich entlastet werden.

In Nordrhein-Westfalen haben sich mit der Bielefelder Erklärung 16 Städte und Kommunen des Bündnis Sicherer Häfen, unter anderem Großstädte wie Köln, Düsseldorf und Dortmund, bereit erklärt, über die verpflichtenden Kontingente hinaus zusätzlich Geflüchtete, insbesondere unbegleitete Minderjährige aus den Lagern in Griechenland aufzunehmen. Die Kommunen haben Platz und möchten den Menschen Perspektiven in Nordrhein-Westfalen bieten. Bei diesem Engagement haben die Städte und Kommunen unsere Unterstützung. **Wir fordern Sie auf, diese Bereitschaft zur kommunale Aufnahme durch konkrete Schritte zu unterstützen!** Setzen Sie ein Landesaufnahmeprogramm auf und signalisieren Sie die zusätzliche Aufnahmebereitschaft von NRW an den Bund. **Wesentlich ist, dass zeitnah UmF in NRW aufgenommen werden.** Denn: Die humanitäre Notlage auf den griechischen Inseln könnte dadurch sofort erheblich gelindert werden.

Bei direktem Kontakt mit geflohenen Menschen wird deutlich: Fluchtgründe und -geschichten sind vielfältig: Menschen fliehen aus ihren Heimatländern unter anderem vor Krieg, Verfolgung, Armut und Perspektivlosigkeit, unabhängig davon, ob es in NRW „Sichere Häfen“ gibt. Der immer wieder angeführten Theorie der “Pull-Faktoren” widersprechen wir ausdrücklich.

Bedauerlicherweise schafft es die EU nicht, der humanitären Katastrophe an den EU-Außengrenzen geschlossen zu begegnen. Eine Änderung ist nicht abzusehen. Die Bundesregierung blockiert bislang die Evakuierung der UmF. Deswegen liegt die Verantwortung auch bei Ihnen und den anderen Ländern.

Gerade in Zeiten einer offen rechtsradikalen Partei im NRW-Landtag und rassistischen Terrors sehen wir die Politik in der Pflicht, deutliche Zeichen der Menschlichkeit zu setzen!

Wir fordern, kommen sie Ihrer humanitären Verantwortung nach:

- Schließen Sie sich Ländern wie Niedersachsen, Berlin, Thüringen, Bremen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg an und **erklären Sie sich gegenüber der Bundesregierung bereit, ein angemessenes Kontingent an UmF in NRW aufzunehmen.**
- Setzen Sie sich für eine menschenrechtsbasierte Migrationspolitik ein und äußern Sie öffentlich Aufnahmebereitschaft für Menschen aus den Lagern in Griechenland!
- Setzen sie sich für ein Landesaufnahmeprogramm ein, um minderjährigen Geflüchteten die Möglichkeit zu geben, in nordrhein-westfälischen Städten und Kommunen ein neues Leben zu beginnen!
- Unterstützen Sie die Bundesratsinitiative zur Änderung des §23 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes, damit die Länder die „Sicheren Häfen“ dabei unterstützen können, endlich Verantwortung zu übernehmen!

Kinder und Jugendliche ohne Familie sind besonders verletzlich. Diesen in ihrer humanitären Notlage zu helfen, ist ein Gebot der Menschlichkeit. **Mit Ihrer Unterstützung können wir es schaffen, zumindest die unbegleiteten Minderjährigen aus ihrer perspektivlosen Situation in Griechenland zu evakuieren und ihnen Chancen und Möglichkeiten in NRW zu bieten.**

04.März 2020



Landesverband progressiver
jüdischer Gemeinden in
Nordrhein-Westfalen e.V.

